Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 70 Goldpfennige amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 241 — Donnerstag, den 15. Oktober 1925 — 20. Jahrgang

Verhandlungen um den Ostpakt.

Die Nebenfragen vor der Konferenz.

Paris, 13. Oktober.

Die Berichte aus Locarno sind heute abend sehr kurz; die Antwort aus Berlin wird abgewartet. Der Berichterstatter des „Intransigeant" will aber erfahren haben, daß die Stimmung in diplomatischen Kreisen nach wie vor optimistisch sei, und daß man glaube, die Konferenz werde am Freitag ihre Beratung mit einem Erfolg abschließen können. Die Lage wird in diesem Blatt in der folgenden Weise geschildert: Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ist so gut wie sicher. Der Westpakt ist zur Unterschrift bereit und die einzige Schwierigkeit, die französische Garantie für die Schiedsverträge, scheint der Regelung nahe zu sein. Die Juristen suchen nach einer Formel, die den Polen und den Deutschen genügt, und die von Frankreich keine Preisgabe seiner Pflichten verlangt. Die Deutschen haben Zeit, die öffentliche Meinung ihres Landes vorzubereiten. Polen und die Tschechoslowakei werden erst dann an der öffentlichen Sitzung teilnehmen, wenn alles in Ordnung ist. Sie arbeiten aber sehr intensiv hinter den Kulissen. In jedem Falle liegt ein gutes Zeichen vor: alle in Locarno anwesenden Minister haben die Einladung zu dem Frühstück angenommen, das die gesamte Presse zu Ehren der Delegierten gibt. Da der Reichskanzler Luther der einzig leitende Minister ist, der sich in Locarno befindet, müßte er bei diesem Essen den Vorsitz führen; aber trotz aller Dementis erhält sich das Gerücht, daß der Vorsitzende bei dem Ministerfrühstück ein anderer Ministerpräsident sein werde: Mussolini. Die Verantwortung für diese Information bleibt dem „Intransigeant" überlassen.

Locarno, 13. Oktober. Heute vormittag fanden zwischen der deutschen und der polnischen Delegation Besprechungen über Fragen, die die Ostverträge betreffen, statt.

Ueber die Unterredung, die gestern zwischen Dr. Stresemann und dem Grafen Skrzynski stattgefunden hat, berichtet der Sonderberichterstatter des Matin in Locarno: Dr. Stresemann hat nicht verheimlicht, daß die jetzt von Deutschland befolgte Politik die Lösung der zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn bestehenden Probleme erleichtern werde. Der polnische Minister hat darauf in wenigen Worten zum Ausdruck gebracht, daß nach seiner Ansicht alle in Locarno erörterten Fragen sich in eins zusammenfassen ließen: absoluter Ausschluß des Krieges zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, oder, um einen angelsächsischen Ausdruck zu gebrauchen: Man muß den Krieg außerhalb des Gesetzes stellen.

Der Sonderberichterstatter fügt dieser Meldung hinzu, man erkenne die ungeheure Bedeutung dieser Aussprache. Wenn Deutschland eine Unterscheidung der Konflikte beabsichtigen sollte, je nachdem, ob sie sich im Osten oder im Westen ereigneten dann müßten die von Frankreich abgeschlossenen Allianzverträge präzisiert und bestätigt werden, und die Vorbehalte Deutschlands hinsichtlich des Art. 16 des Völkerbundsstatutes müßten genau unter die Lupe genommen werden. Im ersten Fall würde die Konferenz von Locarno ein entscheidender Erfolg in der Friedenssache sein, im zweiten Falle würde sie zwar nicht ein Mißerfolg sein, aber das alte System der Defensivbündnisse könnte nicht völlige Sicherung vor dem Kriege geben. Die Persönlichkeiten, die gestern mit den deutschen Delegierten verhandelt hätten, hätten erklärt, daß ihre Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Reglung sich nicht vermindert habe.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 13. Oktober. Unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns trafen die in Berlin anwesenden Reichsminister zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Kempner über den bisherigen Verlauf der Locarnokonferenz Bericht erstattete. Staatssekretär Dr. Kempner, der im Laufe des morgigen Tages wieder die Rückreise nach Locarno antritt, wird morgen vormittag nach Erledigung eines Vortrages beim Reichspräsidenten seine Berichterstattung vor dem Reichskabinett, die heute nacht nicht zum Abschluß gelangte, zu Ende führen.

Verzögerung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 13. Oktober. Die in Aussicht genommene Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation, die am 16. Oktober stattfinden sollte, wird, wie „Havas" berichtet, wegen der Abwesenheit des Ministerialdirektors Senruys, der sich augenblicklich in Budapest aufhält, um über einen französisch-ungarischen Handelsvertrag zu verhandeln, eine Verzögerung erfahren. Die französische Delegation werde gegen den 20. Oktober der deutschen Delegation vom Geiste des Entgegenkommens getragene Gegenvorschläge unterbreiten.

Anschluß-Kundgebung der deutschen Postbeamten.

Berlin, 13. Oktober. Die der Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten angeschlossenen deutschen Postbeamtenverbände, der Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamtinnen und der deutsche Verkehrsbund veranstaltete in Berlin eine Kundgebung für die Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich. Der erste Vorsitzende der Postgewerkschaft Deutsch-Oesterreichs, Alois Jacke, überbrachte die Grüße der österreichischen Kollegenschaft und führte aus, daß die Idee des Anschlusses in Oesterreich nie geruht habe und in Oesterreich nie zu ersticken sein werde, umsomehr als diese Angelegenheit keine parteipolitische, sondern ein Programm des ganzen deutschen Volkes sei. Wir sind, so sagte der Redner, für den Anschluß, weil er einem natürlichen Volksempfinden entspricht und eine Vorbedingung für den europäischen Frieden ist. Anton Strahegger-Graz, der Landesobmann der Postgewerkschaft der Steiermark erklärte, für Deutsch-Oesterreich sei der Anschluß eine Schicksalsfrage. Das Finanzwesen sei außerstande, in nennenswerter Weise zu arbeiten. Für das Ausland könne wegen der hohen Zölle nicht produziert werden. Die Zahl der Arbeitslosen sei bereits auf 150 000 gestiegen, was für einen Staat von 6 Millionen einen außerordentlich hohen Prozentsatz bedeute. Eine Entwicklung Deutsch-Oesterreichs in diesen Bahnen sei ausgeschlossen. Im Namen des deutschen Verkehrsbundes danke Scherff den österreichischen Kollegen und betonte, daß nichts das Zusammengehörigkeitsgefühl im deutschen und österreichischen Volk zu zerstören vermöge. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die am 13. 10. in den Kammersälen in Berlin versammelten Postangestellten stellen nach Anhörung der Vertreter des deutschen und des deutsch-österreichischen Postpersonals mit Bedaurung fest, daß ausländische politische Kräfte immer noch am Werke sind, um den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland zu verhindern. Sie stellen überdies fest, daß dieses Anschlußverbot in ausdrücklichstem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, für das die alliierten Regierungen den Krieg geführt zu haben mehrfach feierlichst behauptet haben. Die Versammelten erklären, ihren festen Willen, die Idee des Zusammenschlusses Deutschlands mit Deutsch-Oesterreichs auch weiterhin mit allen Kräften fördern und verfechten zu wollen und fordern ihre Kollegen auf, ihre öffentliche Tätigkeit auch auf diesen großen Gedanken einzustellen.

Ein neues französisches Kriegsgerichtsurteil.

Amiens, 13. Oktober. Heute wurde hier der deutsche Kürassierrittmeister Bauermeister, der sich gegenwärtig im Schloß Löbnitz aufhalten soll, in contumiciam zu 20 Jahren Zwangsarbeit und zu 20 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

Bulgarien ersucht um Aufhebung der Militärkontrolle.

Sofia, 13. Oktober. Die bulgarische Regierung hat an die Botschafterkonferenz in Paris das Ersuchen gerichtet, die militärischen Kontrollorgane, die zur Zeit noch in Sofia tätig sind, zurückzuziehen. In ihrer Note weist die Regierung darauf hin, daß die Demobilisations- und Entwaffnungsvorschriften des Friedensvertrages vollständig durchgeführt sind, sodaß die Anwesenheit der alliierten Offiziere in Bulgarien eine unnötige Belastung des Staatsbundgets darstellte. Man rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß in Zukunft der Völkerbund die Kontrolle in die Hand nehmen wird, und daß Bulgarien von Zeit zu Zeit durch Offiziere neutraler Staaten besucht werden wird.

Die Festlandreise Macdonalds.

London, 13. Oktober. Ramsay Macdonald hat heute vormittag seine Reise nach dem Kontinent angetreten, die ihn nach Wien, Berlin, Prag, Brüssel führen wird. Lord Arnold begleitet Macdonald. Für die Reise sind drei Wochen in Aussicht genommen. Macdonald bestätigte Berichterstattern gegenüber, daß die Reise keine politische Bedeutung habe und eine rein persönliche Angelegenheit sei.

Bevorstehende Auflösung der tschechoslowakischen Nationalversammlung.

Prag, 13. Oktober. Nach übereinstimmenden Meldungen der Regierungs- und oppositionellen Presse werden die beiden Kammern der tschechoslowakischen Nationalversammlung Ende dieser Woche aufgelöst werden. Am 15. November sollen die Neuwahlen stattfinden.

Zur Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Rußland.

Moskau, 12. Oktober. Die heute nachmittag im Gebäude des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten unterzeichneter Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken besteht aus allgemeinen Bestimmungen und folgenden Abkommen, die mit den allgemeinen Bestimmungen ein einheitliches Ganzes bilden: Abkommen über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz, Wirtschaftsabkommen, Eisenbahnabkommen, Seeschiffahrtsabkommen, Steuerabkommen, Abkommen über Handelsschiedsgerichte und Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz. Die Regierungen der beiden Länder beabsichtigen, den Text des unterzeichneten Vertrages zu veröffentlichen. Der Vertrag unterliegt der Ratifikation durch die gesetzgebenden Körperschaften. Die Ratifikation soll sobald als möglich herbeigeführt werden. Bei der Unterzeichnung des Vertrages waren die Mitglieder der beiderseitigen Delegationen, Vertreter der deutschen Botschaft und Mitglieder des Volkskommissariats des Auswärtigen und des Volkskommissariats für Außenhandel anwesend. Gleichzeitig mit dem Hauptvertrag wurde ein Konsularvertrag nebst einem Nachlaßabkommen und einem Rechtshilfeabkommen unterzeichnet.

Auf einem anläßlich des Abschlusses des deutsch-russischen Handelsvertrages gegebenen Bankett hielt Litwinoff eine Rede, in der er unter anderem erklärte: Die abgeschlossenen Verträge sind umso bedeutungsvoller, als die Prinzipien des Rapollovertrages nunmehr eine konkrete Anwendung auf wirtschaftlichem Gebiet gefunden haben. Der Rapollo-Vertrag war das erste normale politische Abkommen das die Sowjet-Union mit einem der Weststaaten abgeschlossen hat. In seiner Erwiderung erklärte der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau unter anderem: Deutschland und Rußland haben durch die Unterzeichnung des Vertrages den besten Beweis dafür gegeben, daß sie nach wie vor den in Rapollo eingeschlagenen Weg fortsetzen wollen. Beide Vertragsteile werden aus dem Vertrage große wirtschaftliche Vorteile ziehen; der Vertrag wird auch nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen der beiden Länder bleiben.

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau erklärte vor Pressevertretern anläßlich des Abschlusses des deutsch-russischen Vertrages: Der soeben unterzeichnete deutsch-russische Vertrag — das Ergebnis zweijähriger schwieriger Verhandlungen — ist der Ausdruck des ernsten Willens beider Teile, zwischen den so verschiedenartigen wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen Deutschlands und der Sowjetunion einen gesunden Ausgleich zu finden. Dieser Wille half beiden Teilen über die Tatsache hinweg, daß nicht alle Wünsche voll berücksichtigt werden konnten, deren Befriedigung die beiderseitigen Wirtschaftsorgane für den Abschluß eines Vertrages als unerläßlich bezeichnet hatten. Der Vertrag schafft für die zwischen den beiden Ländern bereits bestehenden Wirtschaftsbeziehungen eine rechtliche Grundlage und eröffnet zugleich Aussichten für einen weiteren Ausbau dieser Beziehungen. Eine Hebung der beiderseitigen Handelsumsätze allein würde den Vertrag noch nicht rechtfertigen. Der Botschafter gab der Erwartung Ausdruck, daß durch den Vertrag in den wirtschaftlichen Beziehungen eine kräftige Entwicklung einsetzen und — was nicht minder wichtig sei — die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gefördert werden möge. Infolge dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit würden sich auch die durch die Leningrader Akademiefeier neu belebten geistigen Beziehungen weiter erfolgreich entwickeln. Der Botschafter fuhr fort: Der unterzeichnete Vertrag ist die wirtschaftliche Ausgestaltung des Rapollovertrages, der die Linie der Zusammenarbeit der beiden Länder festlegte, der Vertrag ist ein neuer Beweis dafür, daß beide Länder entschlossen sind, an dieser Linie festzuhalten. Eine derartige Klarstellung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen zwei Ländern, die so aufeinander angewiesen sind, wie Deutschland und die Sowjetunion, bedeutet eine wesentliche Forderung der wirtschaftlichen Gesundung eines Gebiets, das eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen umfaßt. Der Vertrag bleibt somit auch auf die Gestaltung der allgemeinen internationalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht ohne Einfluß.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation v. Körner erklärte einem Mitarbeiter der Telegraphenagentur der Sowjetunion: Der Vertrag von Rapollo war lediglich ein Vorentwurf zur Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Die jetzigen Verhandlungen legten diese Beziehungen in endgültiger Form fest. In diesem Zusammenhang stellt der Moskauer Vertrag zweifellos eine Vervollkommnung der in Rapollo in den Grundzügen entworfenen Verbindung dar. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben den Beweis erbracht, daß trotz der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und politischen Systeme der beiden Länder ihre Handelsbeziehungen allmählich erstarkten. Die Lebensinteressen der beiden Länder werden sich als stärker erweisen als die Verschiedenheiten der politischen und wirtschaftlichen Systeme. Der Vertrag wird